

RWE

Die **RWE AG** (früher Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG) ist ein Energieversorgungskonzern, an dem **BlackRock** mit 7 %, sonstige institutionelle Aktionäre mit 80 %, Privataktionäre mit 12 % und die Belegschaft mit 1 % beteiligt sind.^[1] Die Kommunen haben ihre Beteiligungen über den Verband kommunaler RWE-Aktionäre gebündelt, nach dessen Angaben Städte, Gemeinden, Kreise und Stadtwerke in Westfalen ca. 8 % aller RWE-Aktien halten, während es im Rheinland und Rheinland-Pfalz ca. 15 % sind, zusammen also ca. 23 %.^[2] Der Konzern setzte sich jahrelang für die

Kernenergie ein, lehnte den Kohleausstieg ab und hielt an der Braunkohleverstromung fest. An diesen Positionen orientierte sich die einflussreiche Lobbyarbeit, über die - gemeinsam mit den anderen großen Energieversorgern - auch massive Subventionen durchgesetzt werden konnten: 400 Mrd. Euro für die Braun- und Steinkohle und 200 Mrd. für die Atomkraft (jeweils im Zeitraum 1970-2012).^[3] Das Wirtschaftsministerium sei mit den großen Energiekonzernen auf „Du“ gewesen und habe teilweise komplette Gesetzesvorschläge aus ihren Lobbyschreiben gezimmert.^[4] Beispielsweise hätten RWE-Mitarbeiter weite Teile des Energiewirtschaftsgesetzes 2005 geschrieben, sie seien als Experten sogar vom Ministerium bezahlt worden.

Laut Bilanz-Pressekonferenz vom 16.03.2021 konzentriert sich RWE nach der Umstrukturierung der letzten drei Jahre (Tausch von Vermögenswerten und Geschäftsbereichen mit **E.ON**) auf Erneuerbare Energien, Speicher und Wasserstoff. Bis Ende 2022 will das Unternehmen sein Portfolio an Windkraft- und Solaranlagen von über 9 Gigawatt (GW) auf mehr als 13 GW erweitern.^[5] Ende Dezember 2020 hat die RWE ihre beiden letzten Steinkohlekraftwerke in Deutschland und Großbritannien geschlossen. Der deutsche Braunkohleausstieg wurde im öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Bundesregierung vom Februar 2020 geregelt.^[6] Danach legt RWE bis 2030 rund 6.000 Megawatt Braunkohlekapazität still, zwei der drei Tagebaue im Rheinischen Revier werden früher geschlossen als geplant, und der Hambacher Forst bleibt erhalten. Die Entschädigung in Höhe von 2,6 Mrd. Euro ist in gleich großen Raten über 15 Jahre zu zahlen.

Das operative Geschäft der RWE ist in den folgenden vier Gesellschaften gebündelt: RWE Renewables GmbH (Onshore- und Offshore-Windparks, Photovoltaik-an-lagen sowie Batteriespeicher), RWE Generation SE (Produktion von Strom aus Gas, Steinkohle, Wasserkraft und Biomasse), RWE Power AG (Stromerzeugung aus Braunkohle und Kernenergie einschließlich Betrieb, Nachbetrieb und Rückbau der eigenen kerntechnischen Anlagen) und RWE Supply & Trading GmbH (Handel mit Strom, Gas, Rohstoffen und CO2-Emissionszertifikaten).

RWE AG

Branche	Energieversorgung
Hauptsitz	Essen
Lobbybüro	Friedrichstraße 95, 10117
Deutschland	Berlin
Lobbybüro EU	Avenue de Tervueren 273, 1150 Brüssel, Belgien
Webadresse	rwe.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Berlin	2
1.2 Brüssel	3
1.3 Lokales Lobbying	3
1.4 Lobbyismus in Schulen	3
1.5 Mitgliedschaften	4

2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 2015: Nebeneinkünfte des NRW-Landtagsabgeordneten Golland (CDU)	4
2.2 2011: Finanzierung von 2 Behördenstellen bei der CO2-Abscheidung	4
2.3 2011: Nebeneinkünfte für Kommunalpolitiker*innen	5
2.4 2009/2019: Greenwashing in der RWE-Werbung	5
2.5 2004: Nebeneinkünfte für CDU-Politiker	6
2.6 Einflussnahme beim Energiewirtschaftsgesetz und Emissionshandel	6
2.7 Erneuerbare-Energie-Gesetz	6
3 Organe der RWE AG	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Aufsichtsrat	6
3.3 Beirat	7
4 Geschichte	7
5 Weiterführende Informationen	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7 Einzelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss



Berlin

RWE ist mit einem eigenen Lobbybüro in der Friedrichstraße im Berliner Regierungsviertel präsent. Der Leiter der Hauptstadtrepräsentanz, **Peter Leo Gräfe**, arbeitete bis 2006 als stellvertretender Chef des Parlamentsbüros der **Wirtschaftswoche**.^[7]

Wolfgang Clement, (bis 2008 Mitglied der SPD, später Unterstützer der FDP), war NRW-Ministerpräsident und von 2002-2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. Von 2006 - 2016 saß er im Aufsichtsrat der RWE Power AG. Als Wirtschaftsminister konnte er maßgeblichen Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetze nehmen, die die Energiebranche und somit auch RWE betrafen; auffällig dabei war sein besonderer Einsatz für Kohlesubventionen. Im August 2010 unterzeichnete Clement den „Energiepolitischen Appell“ der Atomlobby für eine AKW-Laufzeitverlängerung. Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**, deren Kuratoriumsvorsitzender Clement bis zu seinem Tod im Jahr 2020 war, führte eine **Kampagne gegen die Förderung des Ökostroms**.

Brüssel

Die Repräsentanz Brüssel beschäftigt sich laut [EU Transparenz-Register](#) mit allen Elementen des "European Green Deal", insbesondere Klimaneutralität bis 2050 und Europäisches Klimagesetz, sowie Klima- und Energieziele bis 2030 und die anstehenden Reformen im „Fit for 55“-Paket, darunter Reform des EU-Emissionshandelssystems und der Richtlinie über erneuerbare Energien, Regulierung zu Gasmarkt und klimaneutralen Gasen, insbesondere Wasserstoff, Sustainable Finance mit insbesondere der Taxonomie-Verordnung und der Non-Financial-Reporting-Directive, Anwendung und Reform der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien.

Corinna Grajetzki, Leiterin der EU-Repräsentanz von RWE, ist Vorsitzende des Landesverbands Brüssel des [Wirtschaftsrat der CDU](#). Tilmann Bechtold, Leiter F & E der RWE Power AG, ist Mitglied der [Coal Advisory Group](#). Insgesamt werden in Brüssel 12 Personen beschäftigt (Vollzeitäquivalent: 6). Tobias Rammel, Manager European Affairs bei der RWE AG, ist die Person mit Zugangsberechtigung zum Europäischen Parlament. Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 1 und 1,3 Mio. Euro.

Lokales Lobbying

Viele Städte und Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen sind RWE-Aktionäre. Aus historischen Gründen sind diese in der Vereinigung der kommunalen Aktionäre der RWE mit Sitz in Dortmund und der Vereinigung der kommunalen Aktionäre der RWE mit Sitz in Essen organisiert.^[8] Die Städte und Gemeinden sind Inhaber von Nutzungsrechten an Wegen und Straßen, sie vergeben diese Rechte/Konzessionen an die Versorgungsunternehmen und erhalten dafür Konzessionsabgaben. Darüber hinaus sind die Städte und Gemeinden Kunden der RWE und haben zahlreiche gemeinsame Beteiligungen an Stadtwerken. Vertreter der Kommunen sitzen im Beirat der RWE AG, der die Unternehmensleitung in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik mit kommunalem Bezug berät. Mitglied des Beirats ist auch [Justus Haucap](#) als Direktor des Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie. Beiratsmitglieder erhalten eine Grundvergütung von 3.000 Euro jährlich und ein Sitzungsgeld von 1.000 Euro pro Sitzung. Die Verflechtungen zwischen Kommunen und der RWE eröffnen dem Unternehmen die Möglichkeit, Kontakte zu nordrhein-westfälischen Kommunalpolitikern zu pflegen. Wichtig waren solche Kontakte für das jahrelange Bemühen von RWE, Stimmung für den Weiterbetrieb der eigenen Kohlekraftwerke zu machen.

RWE hatte auch Verbindungen zu der Bürgerinitiative [Bürgerinitiative Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft](#), die sich für die Nutzung der Braunkohle einsetzt.^[9]

Lobbyismus in Schulen

Seit 1998 gibt es zudem die [RWE Stiftung](#), die die Förderbereiche Bildung, Soziales und Kultur umfasst. Erklärtes Ziel von RWE ist die Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Weiter will sie schulische und wissenschaftliche Bildungs- und Lehreinrichtungen unterstützen. Alle Projekte der Stiftung sollen mit dem Thema Energie verknüpft werden.

RWE bietet ein breit gefächertes Lernangebot zum Thema Energie für Kinder und Jugendliche und bietet Lehrern Lernmaterialien und Planspiele für den Schulunterricht. Des Weiteren unterstützt der Konzern die Schülerwettbewerbe "Jugend forscht" und "Schüler experimentieren" sowie eine Vielzahl an weiteren Projekten.^[10] Außerdem ist es möglich sogenannte "Learn & Fun" Klassenausflüge zu Energiekraftwerken zu unternehmen.^[11] [LobbyControl](#) hat am 12.11.2015 RWE mit 26.377 Unterschriften (*Schulverweisen*) den Konzern dazu aufgefordert, seine Lobbytätigkeit an Schulen zu beenden.^[12]

Mitgliedschaften

RWE ist Mitglied in den folgenden Organisationen: [Eurelectric](#), [Eurogas](#), [Euracoal](#), [European Federation of Energy Traders](#), [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#), [WindEurope](#), [Solarpower Europe](#), [Hydrogen Europe](#), [European Clean Hydrogen Alliance](#), [Businesseurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2015: Nebeneinkünfte des NRW-Landtagsabgeordneten Golland (CDU)

Der CDU-Politiker Gregor Golland, seit 2010 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, erhielt nach eigenen Angaben für seine Teilzeitbeschäftigung bei einer RWE-Tochtergesellschaft im Jahr 2015 eine Vergütung der Stufe 9.^[13] Dies entspricht 90.000 bis 120.000 Euro im Jahr, die er zusätzlich zu seinen Diäten als Abgeordneter verdient.^[14] Abgeordnetenwatch zufolge gehört Golland damit zu den Spitzennebenverdienern im NRW-Landtag.^[15] Im Landtag ist Golland unter anderem stellvertretendes Mitglied im Wirtschafts- und Umweltausschuss. Gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger äußerte sich Golland zu seiner RWE-Nebentätigkeit wie folgt: „Ich arbeite einfach mehr als der Normalverdiener. Ich mache beide Jobs gut, sonst hätte ich sie nicht.“ Er vermische sein Mandat nicht mit seiner Nebentätigkeit in der Industrie. „Mein Schwerpunkt ist die Innere Sicherheit, wo soll ich da Lobbyarbeit für RWE machen?“^[16] Seit Dezember 2016 ist auf Gollands Profilseite des Landtags nicht mehr RWE GBS GmbH, sondern RWE-Tochter innogy SE als Arbeitgeber vermerkt.^[17]

2011: Finanzierung von 2 Behördenstellen bei der CO2-Abscheidung

RWE finanzierte 2 zusätzliche Mitarbeitendenstellen bei der [Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe](#) (BGR) für ein Projekt zu CCS-Lagerstätten. Das Kürzel CCS steht für "Carbon Dioxide Capture and Storage". Gemeint ist damit die Abscheidung und dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid, das bei der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und bei industriellen Prozessen wie der Stahlproduktion anfällt. Wegen Sicherheitsbedenken und der hohen Kosten ist CCS sehr umstritten. Zu den Befürwortern gehören die großen Energieversorger. Darunter auch das Unternehmen RWE, welches der BGR anbot, zwei zusätzliche Mitarbeitendenstellen für das Projekt „Stability“ zu finanzieren.^[18] Mit dem Projekt sollten weitreichende Regeln für die Auswahl und Sicherung von CCS-Lagerstätten entwickelt werden. Besetzt wurden die Stellen mit externen Expert*innen, der früheren Greenpeace-Aktivistin und RWE-Kritikerin [Gabriele von Goerne](#), die inzwischen als Beraterin zur CO2-Speicherung arbeitet^[19], und dem wissenschaftlicher Mitarbeiter [Falk Weinlich](#) vom [Institut für Erdöl- und Erdgastechnik](#) der [TU Clausthal](#), welcher in Forschung und Lehre mit RWE zusammenarbeitet.^[20] Während der Projektlaufzeit war für Externe nicht immer erkenntlich, dass die Arbeit der beiden von RWE finanziert wurde. Für externe Mitarbeiter*innen regelt seit 2008 eine Verwaltungsvorschrift des Bundes, dass diese nicht in Bereichen eingesetzt werden dürfen, die die finanziellen Stellen der entsendeten Stellen betreffen und dass deren Status als externe Mitarbeiter*innen nach außen hin erkennbar sein muss.^[21] Bei den beiden Mitarbeiter*innen handelte es sich nicht um externe Mitarbeiter*innen, aber die Problematik ist ähnlich: es ging nicht nur um ein Forschungsprojekt, sondern um die Entwicklung von Kriterien für öffentliche Regelwerke. Die Stellungnahmen der BGR zu diesem Vorgang sind lückenhaft und widersprüchlich. In einem Projektbericht vom August 2010 wird die eigene Neutralität unterstrichen und betont, RWE habe "keine

Zwischenergebnisse während der Durchführung erhalten".^[22] In der Antwort auf eine Presseanfrage heißt es dagegen: "Das Unternehmen ist per Zwischenbericht über vorläufige Ergebnisse informiert worden." Der Kooperationsvertrag mit RWE sei aber bereits im Jahr 2009 wieder gekündigt worden, "um konstruierbare Interessenkonflikte zu vermeiden". Zugleich räumte er ein, dass die BGR heute noch an CCS-Projekten beteiligt sei, die von Energieunternehmen mitfinanziert werden, und dass man sich auch in Zukunft Personal von der Privatwirtschaft bezahlen lassen wolle.^[23]

Für diesen Fall ist RWE zusammen mit der BGR für die Lobbykratie-Medaille von LobbyControl nominiert worden.^[24]

2011: Nebeneinkünfte für Kommunalpolitiker*innen

Im Jahre 2004 wurde bekannt, dass RWE die Gehälter von über 100 Kommunalpolitiker*innen aufstockte und dafür insgesamt 600.000 Euro jährlich aufwendete.^[25]

Als das Bundesverwaltungsgericht 2011 urteilte, dass die Bürgermeister*innen und Landrät*innen ihre Nebenverdienste aus den Beiräten an die Kommunen zahlen müssen, änderte RWE seine Voraussetzungen für die Teilnahme an den Regionalbeiräten. Die Mitglieder sollten nun nicht länger als Amtsträger*innen, sondern als Privatpersonen berufen werden, um damit die Abführungspflicht zu umgehen. Praxis ist jedoch, dass Regionalbeiräte weiterhin aus aktiven und ehemaligen Lokalpolitiker*innen bestehen und auch die Sitzungsgelder werden wie gehabt von einigen Mitglieder*innen selbst eingestrichen. In Nordrhein-Westfalen prüft nun das Innenministerium, ob dies rechtens ist. Die jetzige Europaabgeordnete und frühere Bürgermeisterin von Bingen, Birgit Collin-Lange, trat jedenfalls von ihrem RWE-Beiratsamt zurück, nachdem LobbyControls sie für diese bezahlte Nebentätigkeit kritisiert hatte.^[26]

2009/2019: Greenwashing in der RWE-Werbung

Im Rahmen der groß-angelegten Imagekampagne "voRWEg gehen" versucht der Konzern sich als Klimaschützer zu präsentieren. 2009 machte der Konzern negative Schlagzeilen mit einem Werbespot, der impliziert, dass RWE stark auf erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung setzt. Die gezeigten Windkraftträder trugen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Spots nur 0,1% zu RWEs Energiemix bei, während der bundesweite Durchschnitt bei 7% lag. Von den außerdem im Spot vorkommenden Gezeitenkraftwerken wurde bis heute noch keines gebaut.^[27] Aus dem Geschäftsbericht 2010 ergibt sich, dass erneuerbare Energien nur 2,7% von RWEs Energiemix ausmachen. Dass RWE versucht sich als großer Klimaretter darzustellen, während der Konzern zugleich Lobbyarbeit für den Weiterbetrieb alter Kohlekraftwerke machte, brachte dem Konzern den **Worst EU Lobby Award** 2010 ein.^[28]

2019 hat RWE mit einer neuen Imagekampagne das "neue RWE" beworben.^{[29][30]} Der Anlass ist die Zerschlagung von innogy und die Übernahme der Erneuerbaren-Energien-Sparte von Eon.^[31] Medien wie "taz" und "FAZ" kritisieren dieses Greenwashing, da die Ziele für 2040 nicht ambitioniert sind und RWE vor allem Strom aus Kohle generiert. Durch RWE müssen weiterhin Dörfer für Braunkohle weichen. Zudem hat RWE keine neuen Windräder oder Solaranlagen aufgestellt, sondern Vorhandenes übernommen.^{[32][33]}

2004: Nebeneinkünfte für CDU-Politiker

Der Bundesvorstand der [Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft](#) (CDA) [Hermann Josef-Arentz](#) sowie der CDU-Generalsekretär [Lorenz Meyer](#) mussten 2004 zurücktreten, nachdem bekannt wurde, dass beide versteckte Nebeneinkünfte von RWE in der Höhe von mehreren 10.000 Euro erhielten. ^[34]

Einflussnahme beim Energiewirtschaftsgesetz und Emissionshandel

Nach Angaben von [Greenpeace](#) ^[35] setzte [Wolfgang Clement](#) als Bundeswirtschaftsminister bei der Überarbeitung des Energiewirtschaftsgesetzes durch, dass die Industrie eigene Preisabsprachen mit den Energiekonzernen treffen kann. Den Ausgleich zahlen seitdem private Kleinkund*innen mit hohen Preisaufschlägen. Bei der Novelle setzte RWE Formulierungen auf, die dann eins zu eins im Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums zur "Netzentgeltverordnung Strom" landeten - "wörtlich RWE" oder "weitgehend wörtlich RWE" oder "fast wörtlich RWE" steht in Fußnoten zu einzelnen Absätzen. ^[36]

[Wolfgang Clement](#) ist nach Angaben von Greenpeace auch verantwortlich für die mangelhafte Ausgestaltung des Emissionshandels in der Periode von 2005 bis 2007. ^[37] Er sorgte dafür, dass die Emissionen nur geringfügig gesenkt werden mussten und setzte zahlreiche industriefreundliche Sonderregelungen durch. Auch setzte er sich speziell für den RWE-Braunkohletagebau Garzweiler II ein. Nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung nahm er im Februar 2006 den Posten als Aufsichtsrat der RWE Power AG an, nachdem er diese Tätigkeit bereits bis 1992 schon einmal ausübte. Clemens trat 2008 aus der SPD aus, nachdem er öffentlich dazu aufgerufen hatte, der kohle- und atomkritischen Hessen-SPD unter Andrea Ypsilanti bei der Landtagswahl keine Stimme zu geben.

Erneuerbare-Energie-Gesetz

In der Bundesregierung hat der Konzern mit seiner Lobbyarbeit pro Kohle rund um die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Gehör gefunden. So sind etwa die Braunkohlekraftwerke und -tagebaue - anders als zwischenzeitlich von Energieminister Gabriel geplant - weiterhin von der Zahlung der EEG-Umlage ausgenommen. Auch mit seinem Plan, mit einem "Klimabetrag" für Braunkohlekraftwerke die deutschen Klimaziele bis 2020 doch noch zu erreichen, scheiterte Gabriel am vereinten Widerstand von Kraftwerksbetreibern und Gewerkschaften. ^[38]

Organe der RWE AG

Vorstand

Auflistung auf der [RWE-Webseite](#). Derzeitiger Vorsitzender (CEO) und Finanzvorstand (CFO) der RWE Power AG ist Frank Weigand. ^[39]

Aufsichtsrat

Auflistung der Mitglieder auf der [RWE-Webseite](#).

Beirat

Über den Beirat werden Kommunalpolitiker*innen in die Geschäftspolitik der RWE eingebunden. Die offizielle Aufgabe ist die Beratung der RWE in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik mit regionalem Bezug.^[40] Über die Beiratsvergütung werden folgende Angaben gemacht: Grundvergütung 3.000 Euro pro Jahr, Sitzungsgeld 1.000 Euro pro Sitzung, Auslagenersatzpauschale 100 Euro pro Sitzung. Pro Jahr finden insgesamt zwei Sitzungen statt.^[41] In einigen Fällen wurde öffentlich über die Vergütung für Kommunalpolitiker*innen debattiert und einige verzichteten auf die Gelder bzw. gaben die Summen weiter.^[42]

Neben Kommunalpolitiker*innen war im Januar 2020 auch [Justus Haucap](#), Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE) Mitglied.^[43]

Geschichte

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG wurde 1898 mit dem Bau ihres ersten Elektrizitätswerks gegründet, um die Energieversorgung der Ruhrmetropole Essen sicherzustellen. In den folgenden Jahrzehnten expandierte der Konzern stark. Unter anderem erwarb er Verkehrsbetriebe, die 1936 in der Tochtergesellschaft Rheinisch-Westfälische Straßen- und Kleinbahnen GmbH zusammengefasst wurden. Durch den Bau neuer Elektrizitätswerke und die Fusion mit seinem Konkurrenten Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) wuchs RWE stetig und ist heute der zweitgrößte Energieversorger Deutschlands.^[44] Zusätzlich erweiterte RWE über die Jahre seinen Tätigkeitsbereich auf Wasserversorgung und Abfallentsorgung. Jedoch gelang es RWE nicht auf dem Weltwassermarkt erfolgreich zu sein, und veräußerte somit 2006 seine Anteile am Wassergeschäft.^[45] Im Gegenzug kaufte der Konzern 2009 den niederländischen Energieversorger Essent und konzentriert sich seitdem wieder auf sein Kerngeschäft, die Energieversorgung durch Strom und Gas. RWE nutzt dazu Braunkohle, Kernenergie, Gas, Öl und erneuerbaren Energien. (Der Ausstieg aus der Kernenergie 2011 stieß auf heftigen Protest von Seiten der RWE.) 2014 erhielt RWE den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. erhielt RWE den Preis wegen des Einsatzes einer Überwachungssoftware von Verint Systems bei Call-Centern bei Subunternehmen.^[46]

Weiterführende Informationen

- Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister](#) der EU hat RWE im Geschäftsjahr 2019 ca. 1 Mio. Euro für die direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben.^[47]
- [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft](#), Herausgeber Greenpeace e.V., Stand: 2/2007
- Markus Balser und Uwe Ritzer: Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten und Gesetze kauft. München 2016. Die Autoren schildern im 2. Kapitel des Buches die Lobbyaktivitäten von RWE im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2013.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Aktionärsstruktur \(Stand Ende 2020\)](#), group.rwe, abgerufen am 13.06.2021
2. ↑ [Wer wir sind](#), vkawestfalen.de, abgerufen am 13.06.2021
3. ↑ [Susanne Götze/Annika Joeres: Die Klimaschutzlobby](#), München 2020, S. 165
4. ↑ [Susanne Götze/Annika Joeres: Die Klimaschutzlobby](#), München 2020, S. 167
5. ↑ [Bilanzpressekonferenz vom 16.03.2021](#), abgerufen am 13.06.2021
6. ↑ [<https://www.group.rwe/presse/rwe-ag/2021-02-10-rwe-unterzeichnet-oeffentlich-rechtlichen-vertrag-zum-braunkohleausstieg>] Pressemitteilung vom 10.02.2021, abgerufen am 13.06.2021
7. ↑ [Karriere Peter Leo Gräfe](#) linkedin.com, abgerufen am 20.04.2020
8. ↑ [Wer wir sind](#), vkawestfalen.de, abgerufen am 13.06.2021
9. ↑ [Unser Revier: die Bürgerinitiative und die Braunkohlelobby](#), Webseite LobbyControl, 11. Mai 2016, zuletzt aufgerufen am 25. April 2020
10. ↑ [RWE Portal Schulwettbewerb](#) 3male.de, abgerufen am 25.04.2020
11. ↑ [RWE: Ausflüge für Kinder und Jugendliche](#), 3male.de, abgerufen am 25.04.2020
12. ↑ [Appell Schulverweis für RWE](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 25.04.2020
13. ↑ [CDU-Politiker Gregor Golland Bis zu 120.000 Euro im Jahr für Halbtagsjob bei RWE](#), Kölner Stadtanzeiger vom 13.12.2016, abgerufen am 25.04.2020
14. ↑ [Kohle für Kohle: RWE und der Interessenkonflikt eines Abgeordneten](#), Abgeordnetenwatch vom 18.01.2017, abgerufen am 25.04.2020
15. ↑ [NRW-Landtagsabgeordnete erhielten mehr als 2,4 Mio. Euro an Nebeneinkünften](#), Abgeordnetenwatch vom 07.12.2017, abgerufen am 25.04.2020
16. ↑ [CDU-Politiker Gregor Golland Bis zu 120.000 Euro im Jahr für Halbtagsjob bei RWE](#), Kölner Stadtanzeiger vom 13.12.2016, abgerufen am 09.02.2017
17. ↑ [Profilseite des Abgeordneten Gregor Golland](#), Landtag NRW, abgerufen am 25.04.2020
18. ↑ [Stability-Abschlussbericht](#) Seite 10, vom 31.08.2010, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 25.04.2020
19. ↑ [Leistungsspektrum](#), Webseite von Gabriele Goerne, abgerufen am 25.04.2020
20. ↑ [Partner und Sponsoren](#), Webseite des Instituts für Erdöl- und Erdgastechnik TU Clausthal, abgerufen am 25.04.2020
21. ↑ [Verwaltungsvorschriften](#) letzter Zugriff 25.04.2020
22. ↑ [Vorschläge zur Erstellung von Richtlinien für die CO2-Speicherung - Bericht \(2010\)](#), BGR-Webseite, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 25.04.2020
23. ↑ [Stellungnahme liegt LobbyControl vor.](#)
24. ↑ [Lobbykratie-Medaille](#) lobbycontrol.de vom 02.11.2011, abgerufen am 25.04.2020
25. ↑ [Nebeneinkünfte: RWE sponsort über hundert Kommunalpolitiker](#) Spiegel Online vom 13. Januar 2005. Abgerufen am 25.04.2020
26. ↑ [Birgit Collin-Langen verlässt RWE-Beirat](#) lobbycontrol.de vom 18.6.2015, abgerufen am 26. April 2020
27. ↑ [RWE: Das Riesen-Märchen vom guten Konzern](#) Greenpeace Magazin vom 17. Juli 2009, abgerufen am 26.04.2020
28. ↑ [Nominierungstext Worst EU Lobbying Award 2010](#), abgerufen am 26.04.2020
29. ↑ [Dafür wird das Unternehmen bis 2040 klimaneutral sein, indem es konsequent und verantwortungsvoll aus den fossilen Energieträgern aussteigt. Und weil es als einer der weltweit führenden Anbieter im Bereich Erneuerbarer Energien massiv in Wind- und Sonnenenergie ebenso wie in Speichertechnologien investieren wird.](#)

30. ↑ [Imagekampagne das neue RWE](#) group.rwe.de, abgerufen am 26.04.2020
31. ↑ [Übernahme der Erneuerbaren-Sparte von Ex-Konkurrent Eon](#) tagesschau.de, abgerufen am 26.04.2020
32. ↑ [RWE baut Portfolio um](#) taz.de, abgerufen am 26.04.2020
33. ↑ [Konzernumbau Propaganda](#) faz.net vom 01.10.2019, abgerufen am 26.04.2020
34. ↑ [Probleme mit verdeckten Lobbyisten](#) heise.de vom 23. Dezember 2004, abgerufen am 26.04.2020
35. ↑ [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft](#), Hrsg. Greenpeace, Stand: 02/2007, Website Greenpeace, abgerufen am 26.04.2020
36. ↑ Sascha Adamek/Kim Ott: Der gekaufte Staat: Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, 2. Aufl., Köln 2010, S. 76 f.
37. ↑ [Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer](#), Hrsg. Greenpeace
38. ↑ [BUND-Analyse: 468 Millionen Euro im Jahr für RWE-Klimakiller durch EEG-Reform](#) BUND-Pressemitteilung vom 18.06.2014, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 26.04.2020
39. ↑ [Vorstandmitglied Frank Weigand](#) <https://www.group.rwe>, abgerufen am 20.04.2020
40. ↑ [Beirat des RWE-Konzerns](#), Webseite RWE von August 2017, archiviert über archive.org, abgerufen am 26.04.2020
41. ↑ [Der Beirat der RWE AG](#), group.rwe, abgerufen am 26.04.2020
42. ↑ [Osnabrück: Landrat Lübbersmann \(CDU\): CDU: RWE-Geld für Landrat nicht vermittelbar](#), Osnabrücker Zeitung vom 27.07.2015, aufgerufen am 26.04.2020
43. ↑ [Justus Haucap Beirat von RWE](#), dice-consult.de, aufgerufen am 26.04.2020
44. ↑ [Spiegel Dossier: RWE](#) abgerufen am 26.04.2020
45. ↑ [RWE verkauft Thames Water](#) n-tv.de vom 17. Oktober 2006. Abgerufen am 26.04.2020
46. ↑ [Preisträger 2014](#) bigbrotherawards.de, abgerufen am 21.04.2020
47. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 28.04.2020